

Ein schäbiges Paradies für Freier

Sexgewerbe

Der Bundestag hat kurz vor der Sommerpause das Gesetz zur Bekämpfung des Menschenhandels und Überwachung von Prostitutionsstätten verabschiedet. Es soll nur ein Anfang sein – dennoch bringt es die Fachleute auf die Palme.

Von Matthias Schiermeyer

Gemessen an all den bagatellisierenden Berichten im Fernsehen und in den Printmagazinen gilt käuflicher Sex in Deutschland mehr und mehr als Lifestyle-Produkt.

Vermeintlich seriöse Bordellbetreiber geben Transparenz vor, und junge Frauen präsentieren sich als hochmotivierte Sexunternehmerinnen. Stuttgart gerät da sogar in eine unrühmliche Vorzeigerolle. Etablissements wie der Sauna-Club Paradise in Echterdingen oder der nunmehr geschlossene Pussy-Club in Fellbach erwecken den Eindruck, als sei die Region ein Rotlicht-Eldorado geworden.

Doch die Realität ist alles andere als schick. „Etwa 90 Prozent der Frauen arbeiten in der Prostitution unter Zwang, aus Notlagen heraus oder scheinfreiwillig“, sagt Helmut Sporer von der Kriminalpolizei Augsburg, der seit 20 Jahren Erfahrungen mit Menschenhandel sammelt. Im typischen Hurenalltag dürfe die Frau oft nur einen Bruchteil ihrer Einnahmen behalten, sei isoliert, kenne keinen Arzt und keine Hygienestandards. „Sie ist von Tristesse gezeichnet und gibt weder TV-Interviews, noch tritt sie in Talkshows auf“, beschreibt Sporer.

Der Kommissariatsleiter wurde vom Rechtsausschuss des Bundestages jüngst als Sachverständiger eingeladen, um das geplante Gesetz zur Bekämpfung des Menschenhandels zu bewerten. Stunden vor der Sommerpause beschloss der Bundestag am 27. Juni den Entwurf mit der Mehrheit von Union und FDP. Nun ist der Ärger groß, weil das Gesetz nicht nur Teilen der Opposition, sondern auch vielen Fachleuten nicht weit genug geht.

Der Bundesrat soll nun am 20. September entscheiden

Von der Tagesordnung des Bundesrates wurde das Vorhaben vor einer Woche vorzeitig gestrichen. Dort hat Rot-Grün die Mehrheit, hätte es also blockieren können. Dann wäre das Gesetz im Vermittlungsausschuss gelandet - mit dem Risiko, dass in dieser Legislaturperiode gar nichts mehr entschieden worden wäre. Nun soll es am 20. September in der Länderkammer beraten werden, und Schwarz-Gelb hofft darauf, dass SPD-geführte Länder bis dahin doch noch einlenken.

Mit dem Gesetz will die Koalition strengere Vorschriften für die Bordelle erlassen. Über eine Änderung der Gewerbeordnung werden befristete Konzessionen eingeführt, die mit Auflagen verbunden oder versagt werden können. Auch in bestehenden Betrieben können die Gewerbebehörden Kontrollen und Zuverlässigkeitsprüfungen der Betreiber vornehmen, um menschenunwürdigen Bedingungen einen Riegel vorzuschieben. Zudem wurde eine Öffnungsklausel für Länder geschaffen, die noch mehr tun wollen.

Seit vier Jahren sei er an dem Thema dran, schildert der FDP-Abgeordnete Hartfrid Wolff (Rems-Murr), der für die Liberalen federführend beteiligt ist. „Bevor es wieder zerredet wird, möchte ich den Spatz in der

Hand – um die Taube kümmern wir uns in Ruhe in der nächsten Legislaturperiode." Das vom Bundestag beschlossene Gesetz sei ein erster, wenngleich wichtiger Schritt. „Es reicht mir auch nicht", sagt Wolff. Aber immerhin könne ein vielleicht sogar verurteilter Menschenhändler kein Bordell aufmachen.

Dennoch hagelt es Kritik. Gerade die Verlagerung auf die Gewerbeordnung ist umstritten. Kommissariatschef Sparer bemängelt, dass „aus Zuhältern, Halbwelttypen und Angehörigen von Rockergruppierungen nicht automatisch brave Geschäftsleute werden". Er hält es für unvorstellbar, dass statt der Polizei Angestellte des Gewerbeamtes Missstände in Bordellen aufdecken. Dazu seien Eingriffsrechte nötig, die die Möglichkeiten des Gewerbeamtes „weit übersteigen".

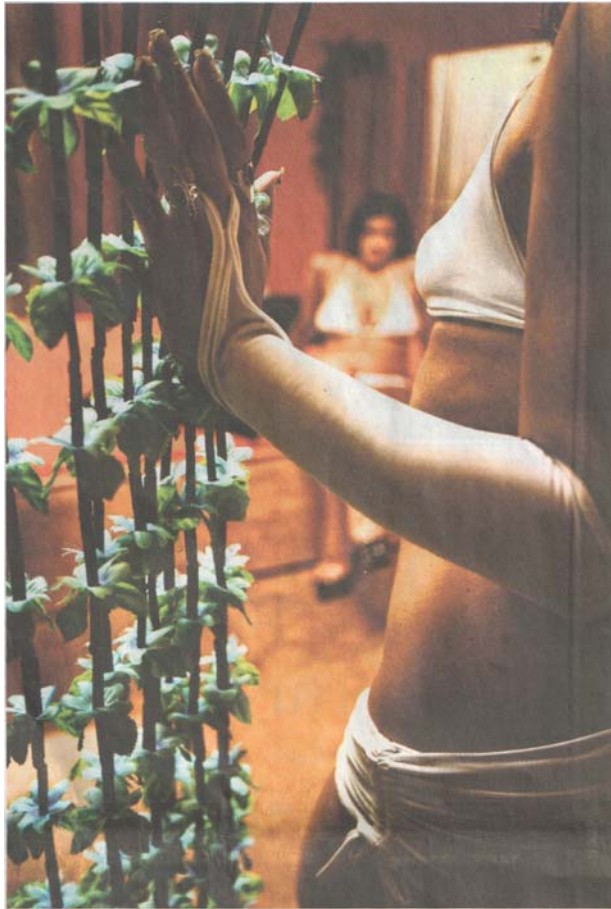
Eine Freierstrafbarkeit lehnen FDP und Teile der Grünen ab

Der Bund der Kriminalbeamten und Frauenschützer monieren, dass für den Opferschutz nur Mindeststandards gelten. So erhielten die Frauen aus sogenannten Drittstaaten, die im Strafverfahren gegen Zuhälter aussagen, im Anschluss kein gesichertes Aufenthaltsrecht, sondern würden abgeschoben. Auch Wolff plädiert für eine „vernünftige aufenthaltsrechtliche Regelung, damit die Opfer stabilisiert werden". Die Frauen müssten aus den Fängen der organisierten Kriminalität herausgeholt werden. Es dürfe nicht sein, dass sie illegal hergeholt werden, um bei Bedarf von den Menschenhändlern bei der Ausländerbehörde angezeigt und von dieser abgeschoben zu werden. Schon wegen der strafrechtlichen Verfolgung der Kriminellen dürften die Frauen nicht bis zum Verfahren ausgewiesen werden. Nur unter Zeugenschutzprogrammen gebe es vernünftige Aussagen.

Da wird sich die CDU noch bewegen müssen. Andererseits drang die Union vergeblich auf eine Verschärfung des Strafrechts im Falle von Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung, was den innenpolitischen Sprecher der Unionsfraktion, Hans-Peter Uhl, zur Kritik am FDP-geführten Justizministerium veranlasst. Zudem forderte der größere Koalitionspartner eine Strafbarkeit für Freier. Dagegen wandte sich wiederum die FDP - wie auch die Teile der Grünen, die die Liberalisierung unter Rot-Grün im Jahr 2002 verteidigten. „Das lehnen wir ab, weil das Gewerbe dann wieder in das Dunkel des Illegalen ausweichen würde", sagt Wolff. „Wir wollen es auch zum Schutz der Frauen legal und besser kontrollierbar machen." Einerseits die selbstbestimmte Ausübung des Gewerbes zuzulassen, andererseits sicherzustellen, besser an Menschenhändler heranzukommen, sei juristisch aber nicht einfach.

Somit dürfte Deutschland weiterhin als Paradies für Freier gelten. Aus strenger regulierten Nachbarländern kommen sie in Scharen, um sich hier zu vergnügen. Denn nirgends sonst in Europa ist es so einfach, Sex zu kaufen.

DIE SCHATTENSEITEN DER LEGALEN PROSTITUTION



Ausnahme Stuttgart

Gehört zu den wenigen Städten, die Prostituierte prinzipiell registrieren: Im Vorjahr waren es 3359 Frauen - zu 82 Prozent Ausländerinnen, vor allem aus Osteuropa. Zudem spricht die Polizei von 181 Prostitutionsobjekten - darunter 113 Bordellbetrieben und Modellwohnungen sowie sieben Laufhäusern.

Urteile

Zwei Betreiber von Flatrate-Bordellen, etwa dem Pussy-Club in Fellbach, wurden 2012 vom Landgericht Stuttgart wegen schweren Menschenhandels zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. Der Bundesgerichtshof hat die Urteile gegen die Führer einer Zuhälterbande in dieser Woche als rechtskräftig bestätigt.

Forschung

Liberaler Gesetze, die legalen käuflichen Sex ermöglichen, verstärken den Menschenhandel, statt ihn zu reduzieren - weil sie mehr Prostitution auslösen. Dies hat der Heidelberger Wissenschaftler Axel Dreher in einer Studie von fast 150 Ländern festgestellt und jüngst mit zwei Kolleginnen publiziert. Ms

„Prostitution sollte verboten werden“

Interview

Die Stuttgarter Sozialarbeiterin Sabine Constabel hält die Verschärfung des Gesetzes für untauglich. Den ausgebeuteten Frauen bringe es wenig.

Frau Constabel, war es ein Fehler, die Gesetze 2002 derart zu liberalisieren, dass Deutschland nun eine Prostitutionshochburg geworden ist?

Indem man Sex als Ware in den freien Markt stellt, unterliegt er den Marktgesetzen. Daher hätte es wohl bessere Schritte gegeben. Wobei die Macherinnen damals sicher etwas erreichen wollten für die Prostituierten. Doch hatten sie das Pech, dass die Ansprechpartnerinnen auch Betreiberinnen waren, die ihre Interessen formuliert haben und gleichzeitig als Huren dastanden. So bekam die Politik eine einseitige Rückmeldung aus der Praxis. Zweitens konnte niemand wissen, wie sich der Markt verlagert. Vielleicht wäre das Gesetz nicht so danebengegangen, wenn es noch hauptsächlich um selbstständige Huren ginge. Für Profihuren war das Gesetz gedacht, doch diese Zielgruppe gibt es fast nicht mehr.

Wie hat sich der Markt des käuflichen Sex verändert?

In Richtung Zwangs- und Armutsprostitution.

Wie geht die Ausbeutung von Frauen vonstatten?

In den meisten Fällen hat die Großfamilie entschieden, die jungen Mädchen nach Deutschland zu schicken, um den Lebensstandard aller zu sichern. Dies spricht sich dann in den Heimatdörfern herum, weil es der Familie gut geht. So folgen immer neue Frauen. Es gibt ganz viel Nachschub aus Osteuropa.

Wie erleben Sie die jungen Frauen?

Die Mädchen sind genauso normal und verletzlich wie unsere Töchter. Viele werden hergeschickt oder fahren mit einem Verwandten hierher, bekommen ihr Zimmer gezeigt und erfahren, was sie sagen müssen. Da wird ein weiblicher Körper zur Verfügung gestellt, und der Freier tobt sich aus. Das ist nicht mehr Prostitution im herkömmlichen Sinne, sondern oft pure Gewalt, die da stattfindet. Viele junge Frauen sind daher traumatisiert bis in die Haarspitzen.

Was vor allem kritisieren Sie an dem neuen Gesetz?

Dass der Gesetzgeber wieder nicht die Lebensbedingungen derjenigen im Auge hatte, die da arbeiten. Er tut so, als wären es professionelle Frauen - er sitzt immer noch den Lobbyistinnen auf, wenn auch nicht mehr so sehr wie damals. Und ich kritisiere, dass die Polizei keine ausreichenden Eingriffsmöglichkeiten an die Hand bekommt, um gegen Ausbeutung wirksam einschreiten zu können. Das andere Problem ist, dass viele Politiker noch davon ausgehen, dass da eine Dienstleistung am Körper verkauft wird. Vergessen wird: Sexualität ist keine Ware. Es ist stets der ganze Mensch, der da berührt wird. Da muss die Politik nur die von ihr bezahlten Studien lesen.

Reicht es, Prostitutionsstätten einer gewerberechtlichen Überwachung zu unterziehen?

Ich bezweifle, dass dies der richtige Weg ist. Nun haben auch die Liberalsten nicht gewollt, dass hier ein Markt für den Menschenhandel entsteht. Da Regeln aufzustellen ist zumindest mal ein wichtiger Schritt. Doch kann er nicht funktionieren, weil damit viel Geld zu verdienen ist. Gerade die Betreiber der edleren Bordelle freuen sich auf die Konzessionierung. Denn sie erfüllen mit ihrem Geld schon jetzt sämtliche Auflagen. Die wird es gar nicht tangieren. Zumal sie nichts damit zu tun haben wollen, wer sich in ihrem Laden verkauft. Die Mädchen werden ihnen vor die Tür gestellt. Und wenn ein Vermieter der so genannten Modellwohnungen die Auflagen nicht mehr erfüllen kann, kommt die schwindende Konkurrenz den Großen noch sehr gelegen.

Was könnte Zwangsprostitution zurückdrängen?

Der Gesetzgeber müsste den Markt unterbinden.

Mit einem Verbot wie in Schweden, wo der Kauf sexueller Dienstleistungen seit 1999 bestraft wird?

Ich habe in 22 Jahren mit unzähligen Frauen geredet. Ich kann nicht anders, als zu sagen: Am sinnvollsten wäre es, Prostitution zu verbieten.

Trauen Sie der Politik diese Einsicht irgendwann zu?

Ihr wird über kurz oder lang nichts anderes übrig bleiben. Wie lange will man da noch zuschauen?

Das Gespräch führte Matthias Schiermeyer

Sachverständige Sabine Constabel ist Diplom-Sozialarbeiterin beim Gesundheitsamt der Stadt Stuttgart. Seit 22 Jahren kümmert sie sich um Prostituierte in der Stadt - aufgrund dieser Erfahrung ist sie auch am 24. Juni als Sachverständige vom Rechtsausschuss des Bundestags zu den Gesetzesplänen angehört worden. ms

